

TERMINE

Gesetzgebungsverfahren und ausgewählte Verordnungen

Nationale Gesetze und Verordnungen (laufende Verfahren)

Gesetz zur Änderung des Erdgas-Wärme-Preisbremsengesetzes, zur Änderung des Strompreisbremsengesetzes sowie zur Änderung weiterer energiewirtschaftlicher und sozialrechtlicher Gesetze

- zustimmungsfrei – bes. eilbedürftig -

- Von den bereitgestellten 4,5 Mrd. Euro aus dem Sondervermögen des Wirtschaftsstabilisierungsfonds werden kurzfristig 2,5 Mrd. Euro pauschal über das Bundesamt für Soziale Sicherung (BAS) an alle Krankenhäuser verteilt
- Regelungen zur verpflichtenden Energieberatung für Krankenhäuser sowie für voll- und teilstationäre Pflegeeinrichtungen werden präzisiert

| Am Tag nach der Verkündung | Inkrafttreten |
|----------------------------|---|
| 14.06.2023 | Anhörung im Ausschuss für Klimaschutz und Energie |
| 25.05.2023 | 1. Lesung Bundestag |
| 12.05.2023 | 1. Durchgang Bundesrat |
| 05.04.2023 | Kabinettsbeschluss |

Gesetz zur Stärkung der hochschulischen Pflegeausbildung, zu Erleichterungen bei der Anerkennung ausländischer Abschlüsse in der Pflege und zur Änderung weiterer Vorschriften

(Pflegestudiumstärkungsgesetz – PflStudStG)

- zustimmungspflichtig -

- Pflegestudium wird als duales Studium ausgestaltet: Finanzierung des praktischen Teils und der Vergütung für Studierende für das gesamte Studium über das bestehende Finanzierungssystem der beruflichen Pflegeausbildung (Ausgleichsfonds in den Ländern)
- Anerkennungsverfahren für ausländische Pflegefachkräfte werden weiter vereinheitlicht und vereinfacht

| | |
|------------|--------------------|
| 24.05.2023 | Kabinettsbeschluss |
| 05.04.2023 | Referentenentwurf |

Gesetz zur Unterstützung und Entlastung in der Pflege (Pflegeunterstützungs- und -entlastungsgesetz – PUEG)

- zustimmungsfrei -

- Beitragssatz für die Pflegeversicherung wird zum 01.07.2023 von 3,05 auf 3,4 Prozent erhöht – ergänzend steigt der Zuschlag für kinderlose Versicherte von 0,35 auf 0,6 Prozent
- Einführung gestaffelter Beitragssätze für Eltern (Umsetzung des Bundesverfassungsgerichtsurteils)
- Weitere Leistungsverbesserungen für Pflegebedürftige
- Verpflichtende Anbindung aller Pflegeeinrichtungen an TI und ePA ab 01.07.2025

| | |
|------------|--|
| 01.07.2023 | Inkrafttreten |
| 16.06.2023 | 2. Durchgang Bundesrat |
| 26.05.2023 | 2./3. Lesung Bundestag |
| 24.05.2023 | 1. Lesung Bundestag – Paralleleinbringung (Gesetzentwurf der Bundesregierung) |
| 12.05.2023 | 1. Durchgang Bundesrat |
| 10.05.2023 | Anhörung im Gesundheitsausschuss |

| | |
|------------|---|
| 27.04.2023 | 1. Lesung Bundestag – Paralleleinbringung (Gesetzentwurf von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP) |
| 05.04.2023 | Kabinettsbeschluss |
| 24.03.2023 | Neue Fassung Referentenentwurf |
| 17.03.2023 | Neue Fassung Referentenentwurf |
| 20.02.2023 | Referentenentwurf |

Gesetz zur Bekämpfung von Lieferengpässen bei patentfreien Arzneimitteln und zur Verbesserung der Versorgung mit Kinderarzneimitteln

(Arzneimittel-Lieferengpassbekämpfungs- und Versorgungsverbesserungsgesetz – ALBVVG)

- zustimmungsfrei - bes. eilbedürftig -

- Einführung eines Frühwarnsystems, um drohende Lieferengpässe frühzeitig zu erkennen und zu verhindern
- Vorgaben für Lagerverpflichtungen für rabattierte Arzneimittel
- Erhöhung der Verfügbarkeit von versorgungskritischen Arzneimitteln durch gezielte finanzielle Impulse und Änderungen im Festbetragssystem
- Anpassung der Preisgestaltung und Rabattvertragsverbot bei Kinderarzneimitteln und Schaffung von Anreizen, um die Wirkstoffproduktion (von Antibiotika) wieder nach Europa zu verlagern
- Konkretisierungen beim Kombinationsabschlag
- Klarstellung zur Zusatznutzenbewertung bei „therapeutischen Solisten“

| | |
|----------------------------|----------------------------------|
| Am Tag nach der Verkündung | Inkrafttreten |
| vsl. 07.07.2023 | 2. Durchgang Bundesrat |
| vsl. 22. oder 23.06.2023 | 2./3. Lesung Bundestag |
| 12.06.2023 | Anhörung im Gesundheitsausschuss |
| 24.05.2023 | 1. Lesung Bundestag |
| 12.05.2023 | 1. Durchgang Bundesrat |
| 05.04.2023 | Kabinettsbeschluss |
| 14.02.2023 | Referentenentwurf |
| 16.12.2022 | Eckpunkte |

Gesetz zum Schutz von Kindern vor Werbung für Lebensmittel mit hohem Zucker-, Fett- oder Salzgehalt

(Kinder-Lebensmittel-Werbegesetz – KWG)

- zustimmungspflichtig -

- Verbot von an Kinder gerichteter Werbung oder Sponsoring für Lebensmittel mit hohem Zucker-, Fett- oder Salzgehalt

| | |
|----------------------------|----------------------------------|
| Am Tag nach der Verkündung | Inkrafttreten |
| 11.05.2023 | Aktualisierter Referentenentwurf |
| 14.02.2023 | Referentenentwurf |

Gesetz zur Änderung des Onlinezugangsgesetzes sowie weiterer Vorschriften (OZG-Änderungsgesetz – OZG-ÄndG)

- zustimmungspflichtig -

- Ausweitung des unmittelbaren Gültigkeitsbereiches des Onlinezugangsgesetzes auf Krankenkassen und gesamte Sozialversicherung
- Krankenkassen werden zu unmittelbarer Anbindung an das Bürgerkonto des Bundes verpflichtet

| | |
|------------|--------------------|
| 24.05.2023 | Kabinettsbeschluss |
|------------|--------------------|

| | |
|------------|-------------------|
| 20.01.2023 | Referentenentwurf |
|------------|-------------------|

Cannabis-Legalisierung

- In einem ersten Schritt sollen der Anbau in nicht-gewinnorientierten Vereinigungen und der private Eigenanbau bundesweit ermöglicht werden
- Die Abgabe in Fachgeschäften wird in einem zweiten Schritt als wissenschaftlich konzipiertes, regional begrenztes und befristetes Modellvorhaben umgesetzt

| | |
|------------|-------------------|
| 28.04.2023 | Referentenentwurf |
|------------|-------------------|

| | |
|------------|------------------------------------|
| 12.04.2023 | Neue Eckpunkte der Bundesregierung |
|------------|------------------------------------|

| | |
|------------|-------------------------------|
| 25.10.2022 | Eckpunkte der Bundesregierung |
|------------|-------------------------------|

EU-Gesetzgebung

EU-Pharmapaket

- Überarbeitung des europäischen Rechtsrahmens für Arzneimittel u. a. mit folgenden Kernelementen:
 - Stärkung der Verfügbarkeit und Sicherstellung des Zugangs zu sicheren, wirksamen und erschwinglichen Arzneimitteln
 - Bewahrung eines innovationsfreundlichen Umfelds für Forschung, Entwicklung und Herstellung von neuen Arzneimitteln in der EU
 - Behebung von Arzneimittelengpässen und Gewährleistung der Versorgungssicherheit
 - Einführung von Investitionsanreizen zur Schaffung eines Binnenmarktes für Arzneimittel
 - Bekämpfung von antimikrobiellen Resistenzen

| | |
|------------|---|
| 26.04.2023 | Vorschlag der EU-Kommission für eine neue Richtlinie und eine neue Verordnung Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zur Bekämpfung von Antibiotikaresistenzen |
|------------|---|

Abgeschlossene Gesetze und Verordnungen

Fünfzehntes Gesetz zur Änderung des Fünften Buches Sozialgesetzbuch – Stiftung Unabhängige Patientenberatung Deutschland

- zustimmungsfrei -

- UPD wird im Rahmen einer Stiftung bürgerlichen Rechts neu strukturiert und verstetigt
- GKV-Spitzenverband errichtet die Stiftung und finanziert diese – ab 01.01.2024 jährlicher Zuschuss von 15 Mio. Euro; PKV kann sich anteilig in Höhe von 7 Prozent an den Kosten der Finanzierung beteiligen
- Aussetzung der Budgets in der allgemeinen ambulanten Kinder- und Jugendmedizin sowie der Schwerpunktbereiche der Kinder- und Jugendmedizin; vollständige Ausbudgetierung der Kinder- und Jugendpsychiatrie

| | |
|------------|----------------------------------|
| 16.05.2023 | Inkrafttreten |
| 31.03.2023 | 2. Durchgang Bundesrat |
| 16.03.2023 | 2./3. Lesung Bundestag |
| 01.03.2023 | Anhörung im Gesundheitsausschuss |
| 10.02.2023 | 1. Durchgang Bundesrat |
| 26.01.2023 | 1. Lesung Bundestag |
| 21.12.2022 | Kabinettsbeschluss |
| 17.10.2022 | Referentenentwurf |